

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Durch unsern Boten
für ein Jahr monatlich 60.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Ausleger
und für Nummern die Postämter
entgegen. — Anzeigen werden
Sprech-Anschlag Nr. 33,
Telegraphen: Cagblatt Erzgebirge.

Belegpreis für die Abnehmer
Postämter für Anzeigen aus dem
Erzgebirge 10.00 Mark, auswärts
Anzeigen 12.00 Mark, Restamt-Post
10.00 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen entsprechende Rabatte.
Postkonto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 221

Donnerstag, den 21. September 1922

17. Jahrgang

Die Reparationsfrage vor dem Völkerbund.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Es ist sicher kein Zufall, daß die Regelung des be-
dingten Zahlungsaufschubs mit Belgien zeitlich zusam-
menfiel mit jener bemerkenswerten Sitzung der dritten
Kommission des Völkerbundes in Genf, in welcher das
gesamte Reparationsproblem erörtert wurde. So sehr
man sich vor einem sträflichen Optimismus hüten muß,
so verfehlt wäre es doch nun an eine Entgleisung der
Reparationskrise zu glauben. Die Ereignisse im nahen
Orient haben die Westmächte zweifellos erheblich beun-
ruhigt. Frankreich hat den Angoratürken die helfende
Hand geleistet, aber es hat gar kein Interesse daran,
daß nun sich am türkischen Siegerübermut ein neuer
Balkankrieg entzündet. Die englische Regierung ist so-
gar durch die Ereignisse in Kleinasien in starke Ver-
wirrung gebracht worden. Lloyd Georges Appell an
die Dominions hat selbst im eigenen Lande große Be-
unruhigung erweckt. Gegenüber den herausragenden
Kriegsgefahren beginnt man innerhalb der Entente an-
scheinend doch einzusehen, daß ein krisenhafter Zustand
Europas eine erhebliche Gefahrenquelle darstellt, wenn
plötzlich der Balkan nach Europa übergreift. Weiß
man doch nicht, wie man den völlig unbekannten rus-
sischen Gegner einschätzen hat. Daneben aber ist Eng-
land schon immer lebhaft interessiert, daß das ungelöste
Reparationsproblem nicht seinen Handel weiter verwirren
und in Frankreich gab es bis vor kurzem eine wachsende
Unzufriedenheit über den langsamen Fortschritt des
Wiederaufbaues. Der Sinnes-Überfall-Vertrag hat
neue Hoffnungen der unzufriedenen Bevölkerung in den
zerstörten Gebieten erweckt, die auch ein Poincaré nicht
immer wieder täuschen kann. So sind es gewichtige west-
politische und im letzten Grunde für die einzelnen Enten-
teilmächte innerpolitische Motive, die einer beschleunig-
ten Lösung des Reparationsproblems Antrieb geben.

Lord Robert Cecil's Rede in der dritten Kommissi-
on des Völkerbundes ist darum so bedeutsam, weil sie
auf einer sichtbaren Berührung mit den Franzosen
beruht. Frankreich hat nach Genf den Senator de Jou-
venel entsandt. Man weiß, daß dieser französische Po-
litiker schon lange ein eifriger Befürworter einer rein
wirtschaftlichen Betrachtungsweise der Reparations-
frage ist. Er hat in den Kammerdebatten wiederholt
Poincaré wegen seiner politischen Behandlung der An-
gelegenheit kritisiert. Daß man ihn jetzt zum französi-
schen offiziellen Antwortträger gemacht hat, könnte
sehr wohl auf einen beginnenden Umschwung in Frank-
reich hindeuten. Poincaré muß innerpolitisch mit der
wachsenden Partei rechnen, die der politischen Behand-
lung des Reparationsproblems abhold gesinnt ist. Wenn
man Herrn de Jouvenel recht verstanden hat, so besitzt
Frankreich bereits einen festen Plan der Durchführung.
Hinsichtlich der Anträge Englands. Lord Robert Cecil
hat, vorsichtig zwar, aber dennoch unmißverständlich,
das Problem umfassend behandelt. Er will nicht nur
eine Herabsetzung der Reparationsverpflichtungen, son-
dern auch eine Schuldenerleichterung unter den einzelnen
alliierten Mächten. Darüber hinaus hat er in vorsichti-
gster Form das Abrüstungsproblem angeschnitten. Bis-
her wurde in Frankreich selbst einer verbindenden Be-
handlung der Schuldenfrage mit dem Reparationspro-
blem widersprochen. Jede Erörterung der Abrüstungs-
frage hat Frankreich bisher sabotiert. Herr de Jou-
venel hat auch diesmal etwas reichlich viel von moralischen
Abrüstung gesprochen, aber in dem Antrag Cecil's
heißt es zum Schluß: Die dritte Kommission erlaubt
sich der Versammlung die Notwendigkeit eines sofor-
tigen Tat nachzusetzen; denn es ist sicher, daß es so-
lange die finanziellen Schwierigkeiten Europas nicht ge-
regelt sind, keine Hoffnung auf Wiederherstellung der
Stabilität und des politischen Vertrauens gibt, ohne die
die moralische Abrüstung unmöglich ist, von der dann
wiederum das Gelingen jedes Planes zu einer Herab-
setzung der Rüstungen abhängt. — Hier ist ganz klar
der Zusammenhang zwischen Schuldenfrage, Repara-
tionsproblem und Abrüstung hergestellt. Bei der ver-
hegten Stimmung gewisser aktiver Kreise der französi-
schen Öffentlichkeit wäre es erklärlich, wenn Herr de
Jouvenel noch nicht mit der Tür ins Haus fällt. Die
Hauptfrage ist, daß man sich in seiner Gruppe darüber
klar ist, daß alle drei Fragen untrennbare Teile eines
Gesamtpblems sind. Gerade von Amerika aus, das
ja in der Frage der Schuldenerleichterung das letzte Wort
zu reden haben wird, ist diese Unteilbarkeit des Pro-
blems von Anfang an klar betont worden. Freilich
hat die Abrüstung noch eine aktuelle Unterfrage, daß
ist die Befestigung des Rheinlandes. Hier muß die Ab-
rüstung einsehen. Auch darüber gibt es unter den Sach-
kennern kaum eine Meinungsverschiedenheit. Die Be-
festigungskosten fressen alle Reparationsmöglichkeiten auf.

Vorkäufig betrachten noch weite Kreise des militarisier-
ten Frankreichs das besetzte Gebiet als angenehme Ver-
sorgungsmöglichkeit. Es wird sehr schwer werden, den
zahlreichen Nutznießern der Rheinlandbesetzung in
Frankreich klar zu machen, daß sie im höheren europäi-
schen Gesamtinteresse von ihren Stinkuren Abstand zu
nehmen haben. Auch hier ist sicher der Zeitpunkt noch
nicht da, wo ein französischer Vertreter eine gang-
bare Sprache führen könnte. Herr de Jouvenel ver-
sucht offenbar dem französischen Volke die Wahrheit in
kompromittierten Worten darzulegen. Ob dies die rich-
tige Methode ist, darf als fraglich gelten. Jedenfalls
wird man auch im Völkerbund allmählich aus der Re-
serve herausdrängen müssen. Erst dann wird sich zeigen,
ob die Hoffnungen berechtigt sind, die man an die Er-
örterung der Reparationsfrage vor dem Völkerbund
hier und da knüpft. Allerdings hat Lord Robert Cecil
recht, wenn er scharf betont, daß für eine Rettung
Europas nicht mehr sehr viel Zeit übrig ist.

Der Zusammenbruch der kommunalen Kreditwirtschaft.

Auf dem Allgemeinen Deutschen Sparkassentag in
Goslar haben sich die dort versammelten Girozentralen
außerstande erklärt, den ständig anwachsenden Kredit-
ansprüchen der Kommunalverbände künftig weiter zu
entsprechen. Es müßten vielmehr jetzt von den Ge-
meinden und Kommunalverbänden besondere Maßnah-
men ergriffen werden, um der wachsenden Kreditnot zu
begegnen: Vermeidung aller ungedeckten Ausgaben, Ver-
zicht auf die Durchführung finanziell ungedeckter Bau-
unternehmungen, Umwandlung der vierteljährlichen
Schuldschuldungen in monatliche, Einstellung der Zah-
lung von Feuerungszulagen, für die das Reich die Mit-
tel nicht vorher überwiesen habe und energische Vorstel-
lungen bei der Reichsregierung wegen schneller Ab-
schlagszahlungen auf die zugesagte Reichshilfe für den
Ausfall der kommunalen Besteuerung. Dieser Beschluß
der Girozentralen bedeutet eine weitere ungeheure Er-
schwerung der kommunalen Finanzwirtschaft. Die Rat-
schläge, die gegeben werden, sind keineswegs geeignet,
die ohnehin schweren Sorgen der Stadtkämmerer zu er-
leichtern; denn ein Teil dieser Vorschläge, wie die Ein-
stellung der Feuerungszulagen, ist einfach
undurchführbar, und ein anderer Teil, wie die Vor-
stellungen bei der Reichsregierung, hat sich schon längst
als unwirksam erwiesen. Nun sollen, wie man hört,
Verhandlungen zwischen den Girozentralen und der
Reichsregierung stattfinden mit dem Ziel, den Gemein-
den die Ausgabe von verzinslichen, kommunalen Schatz-
anweisungen zu ermöglichen, die von den Darlehns-
kassen jeweils lombardiert werden könnten. Aber das
wäre natürlich auch nur eine Säufung von Schulden
auf Schulden, noch dazu unter sehr ungünstigen Be-
dingungen. Es soll auch wieder die verstärkte Ausgabe
eigenen Gemeinde-Notgeldes empfohlen worden sein,
das wir doch nun glücklich überall loswerden wollen
dürften. Diese ganze Sanierungsart, die auch den Ge-
meinden in letzter Linie die Notendrucke zur Verfügung
stellen will, kann natürlich keine Ordnung und Wieder-
gesundheit der kommunalen Wirtschaft bringen. Es wird
nichts anderes übrig bleiben, als den Gemeinden einen
größeren Anteil an den direkten Steuereinnahmen des
Reiches zu gewähren und sie insbesondere an den Er-
trägen der Umsatzsteuer stärker zu beteiligen. Auf jeden
Fall schreit nach diesen Erklärungen der deutschen Giro-
zentralen die Finanznot der Gemeinden noch lauter,
als bisher nach Binderung.

Die deutsche Kreditnot.

Der Deutsche Industrie- und Handelsstag hat in seiner
Vollversammlung am 14. September nach dem Referat von
Direktor Krbie, Berlin, eine Erklärung über die Kreditnot
abgegeben. Wir lassen diese wichtige Kundgebung hier im
Wortlaut folgen:
Die eingetretene, zurzeit unabsehbare Verminder-
ung der Kaufkraft der Reichsmark bedroht ihren Cha-
rakter als Zahlungsmittel und als Wertmesser immer
stärker. Handel und Industrie stehen vor der Tatsache,
daß ihren Geldbedürfnissen nicht mehr ausreichend ent-
sprochen werden kann. Einer weiteren Senkung der
Kaufkraft der Reichsmark kann vor allen Dingen nur
Einhalt geboten werden durch eine wesentliche Vermin-
derung der unpercepten, untragbaren Kriegslasten, fer-
ner durch eine Währungsstabilisierung, deren Möglich-
keit nicht von uns allein geschaffen werden kann. Schließ-
lich und nicht zuletzt durch eine wesentliche Steigerung
des Ertrages der deutschen Volkswirtschaft. Der schärfste
Eindruck muß aber dagegen eingeleitet werden, daß über
den Großhandel und die Industrie hinaus für die von
ihnen umgesetzten oder verarbeiteten ausländischen Roh-
stoffe im Inlande Industrie und Handel Zahlung in

fremder Währung verlangen und so die Mark als Zah-
lungsmittel ausschalten. Ein derartiges Vorgehen wür-
de eine neue verhängnisvolle Katastrophe der deutschen
Wirtschaft und Währung einleiten. Außerordentlich be-
dauerlich ist die Knappheit an Papiergeld, die die deut-
sche Wirtschaft aufs härteste bedroht. Dieser Mangel
muß sofort abgestellt werden, unter Umständen durch
vorübergehende Wiedergulassung von Notgeld. Eine
erheblich gesteigerte Benutzung des Handelswechsels ist
unter den heutigen Verhältnissen eines der wichtigsten
Mittel, um dem dringenden Kreditbedarf einigermaßen
und sofort zu genügen, sofern die Reichsbank die Rich-
tungen, nach denen sie Wechsel diskontiert, unverzüglich
den Zeitverhältnissen anpaßt. Auch muß wiederholt
mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht werden, daß
die der Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Ver-
triebsmittel durch Aufhebung des Depotmangels und
Wiederherstellung des Bankguthabens wesentlich ver-
mehrt werden können. Alle Erscheinungen auf dem Ge-
biet unseres Geldwesens erschüttern und lähmen unsere
für die Ernährung des deutschen Volkes unentbehrliche,
in ihrer Rohstoffversorgung schon durch den Vertrag
von Versailles schwer getroffene industrielle Wirtschaft.
Alle Mittel, die der Bekämpfung dieser Entscheidung
dienen, führen zurück auf den Ausgangspunkt des Übels
— die Deutschland ausgenutzte untragbare Kriegs-
entschädigung. Die ruhige und leidenschaftlose, vor
allem aber die schnelle Lösung dieses Problems ist für
uns und für ganz Europa die dringlichste Forderung.

Eine Breche in den Achtstundentag.

Die nachfolgenden Ausführungen sind, wie bemerkt werden
muß, der sozialdemokratischen Zeitschrift „Der Sinn“
entnommen.

Der an sich berechtigten Forderung des Achtstundent-
ages ist das Unglück widerfahren, in einer Zeit er-
füllt zu werden, die dem Bestande dieser Position höchst
ungünstig ist. Die Wirtschaft ist ruiniert, der Reichtum
der Welt in einem langen Kriege vertan. Wäre das
Achtstundengesetz bereits vor dem Kriege allgemeingültig
der Welt gewesen, so hätte man es nach dem Kriege
— wenigstens vorübergehend — wieder außer Kraft
setzen müssen, weil die achtstündige Arbeitszeit in den
meisten Ländern einfach nicht genügt, um die Wirtschaft
wieder zu Kräften zu bringen.

So aber haben die guten Leute, die dem Gesetz
paragrafen auf die Gestaltung aller Dinge die ewig
gleiche übernatürliche Kraft zusprechen, den Achtstun-
dentag genau zu dem Zeitpunkte eingeführt, da Arbeit
wie Kapital am wenigsten mit ihm anfangen konnten.
Gewiß die Verordnung, nach welcher die Arbeitszeit
hinfort nur mehr acht Stunden betrage, machte auf die
Masse einen guten und in den mit Handarbeit überlaben-
den ersten Revolutionstagen auch einen beruhigenden
Eindruck.

Das war aber auch alles. Durchbrochen wurde der
Achtstundentag zuerst von den Arbeitern selbst, die in
der Kinderzeit dieser sozialen Erregung in vielen
Fällen noch Arbeit in anderen Betrieben verrichteten,
menn sie die gelegliche Arbeitszeit bei ihrem eigentli-
chen Arbeitgeber absolviert hatten.

Jetzt bereitet die französische Regierung die Ver-
längerung der Arbeitszeit bei der Eisenbahn und in
der Handelsmarine vor, also in dem für die Ausfrük-
tung der Wirtschaft so wichtigen Transportgewerbe. Je-
der Angestellte in diesem Arbeitszweige soll im Jahre
300 Arbeitsstunden mehr leisten, was auf die Einfük-
rung des Neunstundentages hinausläuft.

Diese Maßnahme gewinnt besondere Bedeutung da-
durch, daß die französische Regierung hier den seit lan-
gem zu beobachtenden Bestrebungen der Privatindustrie
mit dem ersten praktischen Vorstoße vorangeht. Für
Deutschland ist das Vorgehen der französischen Regie-
rung ausnehmend wichtig, weil wir auf Grund des
Friedensvertrages von diesem Lande und seiner Regie-
rung wirtschaftlich und politisch erheblich abhängen.
Schließlich hat die Angelegenheit für die deutsche Ar-
beiterschaft großes Interesse vom Standpunkt der viel-
berufenen internationalen Solidarität: Jetzt muß sich
erweisen, wie es um die Schlagfertigkeit der französi-
schen Arbeiterorganisationen bestellt ist. Es entsteht
die Frage: werden die Franzosen trotz der beinahe
sprichwörtlichen Kraftlosigkeit ihrer Organisationen im-
stande sein, den Angriff der Regierung auf den Ach-
tundentag abzuwehren? Wir hegen starke Zweifel; wir
können nicht einmal den Verdacht unterdrücken, daß der
französischen Arbeiterschaft der Wille fehlt, sich gegen
die über die Gewerkschaften hinweg okkupierte Abschaf-
fung des Achtstundentages zur Wehr zu setzen.

Wichtig ist auch der Umstand, daß die Wiedergul-
dung des Achtstundentages in der Landwirtschaft